



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/77 - 2. April 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0486890

Neue Pläne zur Lösung des Deutschland-Problems ?	S. 3
Präsidenschaftskrise in den Vereinigten Staaten	S. 5
Amnestie für die politischen Häftlinge	S. 7

Fairneß im Wahlkampf - selbst gegenüber Dr. Heck !

Von Fritz Heine

Wir wollen diesen Bundestagswahlkampf gewinnen. Und wir wollen ihn fair führen. Weil wir so der parlamentarischen Demokratie am besten zu dienen glauben. Weil es unserem Wesen als Sozialdemokratische Partei am ehesten entspricht. Weil wir fühlen, dass der deutsche Wähler urteilsfähig und aufgeschlossen genug ist, Wahrheit und Lüge auch im politischen Kampf unterscheiden zu können.

Wir wollen fair sein selbst gegenüber einem Mann wie Dr. Bruno Heck, Bundesgeschäftsführer der CDU. Ein Mann, der leider durch seine Publikationen ein negatives Vorbild gibt. Ein Beispiel dafür:
Dr. Heck schrieb im DUD vom 19.7.1956:

Die SPD muss sich für die Wahlen belastet fühlen durch die Tatsache, dass Herr Ulbricht zwei Ziele seiner Politik mit der SPD gemeinsam hat.

1. Den Sturz Adenauers,
2. die Verhinderung bzw. Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht.

Wenn ein Hauptverantwortlicher der CDU dergestalt die Wahrheit strapaziert, ist eine Serie von Wahltiefschlägen zu erwarten. Ich bin überzeugt, sie werden zur Selbstverstümmelung führen.

* * *

Der in politischen Kreisen beachtete und als seriös geltende

Münchener Pressedienst "Aus erster Hand" des Chefredakteurs Max Kolmperger meldete im Dezember 1956, dass

der CDU-Bundesgeschäftsführer Dr. Heck selbst im internen Kreis erklärt habe, "es sei einfach unmöglich, einen Greis von 82 Jahren für vier weitere Jahre zum Bundeskanzler zu wählen, denn in diesem Alter könne das Nachlassen der geistigen Kräfte über Nacht erfolgen. Das erfordere dann den Rückzug aus der Verantwortung, wozu Adenauer freiwillig nie bereit sei. Daraus folgert mit unerbittlicher Konsequenz, dass Adenauer nicht noch einmal als Kanzler vorgeschlagen werden kann".

Das war eine, die Offenherzigkeit und Klarsicht Dr. Hecks sehr ehrende Äusserung. Sie erforderte, angesichts der Position Dr. Hecks, Mut, obwohl die gleiche Auffassung ja wohl bekanntlich zur gleichen Zeit von nicht wenigen CDU- und vor allem CSU-Prominenten, wenn auch nicht gerade von den Rednerbühnen geteilt wurde. Viele, in der Tendenz gleichlautende Meinungen sind aus Kreisen der Jungen Union bekannt. Und wenn es stimmt, dass die CDU diesmal den Wahlkampf nicht mehr (im Gegensatz zu 1953) allein mit der Person Adenauers, sondern "Adenauer und seine Mannschaft" betreiben will, dann ist auch das ein gleiches Zeichen. Sie ist im übrigen kaum mehr als die Feststellung einer objektiv sehr wahrscheinlichen Situation. Einer der grossen Staatsmänner unserer Zeit, Winston Churchill, hat ja, obwohl jünger als Konrad Adenauer, aus solcher Erkenntnis bereits vor längerem die Konsequenzen gezogen und die Leitung der Staatsgeschäfte niedergelegt.

* * *

Nun, heute, nach mehr als drei Monaten lesen wir im gleichen Münchener Pressedienst, dass Dr. Heck die oben zitierte Äusserung nicht getan habe. Es wird offengelassen, ob und wer sie ausgesprochen hat.

Ich habe vor kurzem brieflich einem ausgewählten Kreis sozialdemokratischer Vertrauensleute Kenntnis von dieser Dr. Heck zugeschriebenen Äusserung gegeben, im Vertrauen auf die Zuverlässigkeit dieses Pressedienstes, der der Gegenseite ja näher steht als uns. Das Démenti hat mehr als drei Monate benötigt. Es erschien erst, nachdem wir die Äusserung Hecks einer Anzahl Sozialdemokraten weitergegeben hatten. Ob diese Tatsache das Démenti erzwungen hat, werden wir nicht feststellen können. Es ist auch nicht entscheidend.

- Was wir in diesem Beispiel demonstrieren wollen ist wesentlicher: Dass wir, und zwar unaufgefordert unseren Freunden auf die breiteste mögliche Weise von den Fakten Kenntnis geben.

* * *

"Der Opposition endlich einmal den Mund stopfen"

Von einem diplomatischen Mitarbeiter

Die vom Auswärtigen Amt in Bonn geschickte in die deutsche und internationale Presse lancierten Meldungen über eine bevorstehende Initiative der Westmächte zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands werden von den Experten in der Koblenzer Strasse (Auswärtiges Amt, Bonn) und ihren Kollegen bei den westlichen Botschaften in der Bundeshauptstadt mit mehr oder weniger Skepsis zur Kenntnis genommen. Wie es heisst, hatte Bundeskanzler Dr. Adenauer schon vor längerer Zeit die Anweisung gegeben, ihm nach seiner Rückkehr von der Unterzeichnung der Verträge zum Gemeinsamen Markt und von seinem Besuch in Persien einen "Plan" vorzulegen, von dem er selbst gesagt haben soll, er müsse so aussehen, dass man "der Opposition endlich einmal den Mund stopfen" könne. Damit sollte wohl zum Ausdruck gebracht werden, dass mögliche Vorschläge für den Inhalt der noch ausstehenden Antwortnote Adenauers an Bulganin zur Deutschlandfrage in erster Linie wahltaktischen Überlegungen entsprechen müssten. Es ist nämlich auch für den Bundeskanzler kein Geheimnis, dass die mangelnde Aktivität der Regierung in der Frage der Wiedervereinigung eines der schwersten Handicaps der CDU im bereits begonnenen Wahlkampf ist.

Die mehr als ominösen Andeutungen, die Viermächte-Arbeitsgruppe, an deren Beratungen Ministerialdirektor Grewe in Washington teilgenommen hat, werde jetzt im Binvernehmen mit Eisenhower und MacMillan initiativ wirksam werden und neue Vorschläge für eine kommende Aussenministerkonferenz der Westmächte zur Wiedervereinigung Deutschlands auf den Tisch legen, lassen aus verschiedenen Gründen berechtigte Zweifel an der Wirksamkeit des Vorhabens aufkommen.

Zunächst weist man im Auswärtigen Amt sehr genau, dass die Chancen für die Wiederaufnahme des Gesprächs mit Moskau über das Deutschlandproblem davon abhängen, ob die Bundesrepublik und die Westmächte bereit sind, die Frage des militärischen Status eines wiedervereinten Deutschland zur Diskussion zu stellen. Nach allen aus Washington vorliegenden Meldungen über das Ergebnis der Arbeiten der Viermächte-Arbeitsgruppe scheint man - besonders auf Veranlassung der Regierung der Bundesrepublik - dieses Problem nicht erörternd zu wollen. Alle Planungen gehen davon aus, dass weder die NATO-Politik noch die militärische NATO-

Strategie geändert werden darf.

Auch eine Diskussion über den Begriff der militärisch verdünnten Zone in Europa auf der Grundlage des wiedervereinigten Deutschlands wird abgelehnt. Wie es heisst, hat man in Washington verschiedentlich den Versuch gemacht, Lösungsmöglichkeiten für das Deutschlandproblem auf der Ebene des ersten und zweiten Edenplanes anzusteuern. Versuche dieser Art sind gescheitert; vor allem an dem Einspruch der Vertreter der Bundesrepublik.

Nach allem, was man also über die Vorbereitungen einer neuen Initiative weiss, bestätigt sich die schon seit langem gehegte Vermutung, dass die sogenannten Planungen mehr den Charakter eines Feldzuges zur Beruhigung der öffentlichen Meinung in Deutschland, als den des Versuchs der Ausschöpfung realer Möglichkeiten zur Überwindung der Spaltung Deutschlands haben.

Bei den Westmächten scheint man gute Miene zu diesem Spiel machen zu wollen. Erstens will man sich wohl nicht sagen lassen, dass man nichts tut, um das internationale Gespräch über die Deutschlandfrage wieder in Gang zu bringen. Zweitens ist man natürlich auch daran interessiert, Adenauers Chancen für die Wahl nicht gerade zu verschlechtern. Man sieht ein, dass der Bundeskanzler jetzt nach aussen hin nicht desavouiert werden darf, wenn er sich bei der kommenden Wahl wenigstens in etwa behaupten will.

Unabhängig davon sind heute bei den Westmächten mehr denn je Erörterungen darüber im Gange, wie man - auf die Dauer gesehen - aus den Sackgasse herauskommen kann, in die man sich mit der bisherigen Politik hineinmanövriert hat. Die Vorstellung der Politik des "Biegen oder Brechen" ist überholt. Andererseits jedoch will man durch zu frühzeitiges Eingehen auf neue Pläne sowohl den eigenen Prestigeverlust wie auch den Verlust der Freundschaft bisher getreuer Alliiierter vermeiden.

Entkleidet von allen Spekulationen, die jetzt durch einen Teil der deutschen Presse geistern, bleibt wahrscheinlich als einziger Tatbestand die Absicht, auf der Anfang Mai in Bonn stattfindenden Konferenz der Aussenminister der NATO-Länder, zu der jetzt in Washington ausgearbeiteten Bericht der Viermächte-Kommission zur Deutschlandfrage Stellung zu nehmen. Das wäre immerhin ein "Beweis" für den Initiativwillen der Bundesregierung zur Überwindung des jetzigen schlafähnlichen Zustandes. Mit einigem Geschick - so meint man beim Auswärtigen Amt in Bonn, könnte der Bundeskanzler schon etwas damit anfangen... * * * - 5 -

Vertrauensschwund Eisenhowers?

H.St., New York, Anfang April

Zusätzlich zu den Krisen und Schwierigkeiten, denen sich die amerikanische Politik zur Zeit gegenüber sieht, der Krise im Mittelosten, dem internen Kampf um den nächstjährigen Staatshaushalt, der ungewöhnlich grosse Proportionen angenommen hat, und zusätzlich zu der Vertrauenskrise um den Aussenminister und Staatssekretär Dulles in seinen Beziehungen zu Amerikas wichtigsten Alliierten, - zusätzlich zu allen diesen Sorgenkindern des Tages zieht eine andere Krise am Horizont auf, viel ernster und drückender als alle anderen. Amerika steht vor einer Eisenhower-Krise. Amerika steht vor der Gefahr, dass der Präsident sich den nervlichen und körperlichen Anforderungen seines Amtes nicht mehr gewachsen zeigen wird - und es steht gleichzeitig, und in Verbindung damit, vor der unerwarteten Situation, dass der Präsident seinen fast magischen Einfluss auf die öffentliche Meinung in hohem Masse verliert.

Vorwurf der Passivität

Ausseres Barometer dieser heraufziehenden Eisenhowerkrise ist die Tatsache, dass zum ersten Male Kritik an ihm und seiner Politik in den Tageszeitungen auftaucht, - wohlgermerkt Tageszeitungen, die ihm politisch nahestehen, die für seine Wiederwahl eintraten und die in der Vergangenheit wohl auch einmal Eisenhowers Mitarbeiter, niemals aber ihn selber angegriffen hatten. Damit ist es jetzt vorbei. Das "Wallstreet Journal", das einflussreiche Organ der einflussreichen Finanzwelt, griff ihn wegen seines Budgetvoranschlages an: das leitete die Kritik an ihm "von rechts" ein, vom konservativen Flügel der Republikanischen Partei, denen der Präsident zu "liberal" und zu "fortschrittlich" war. Ein paar Wochen später kreideten ihm Zeitungen, gerade als er unterwegs zur Bermuda-Konferenz war, in scharfen Worten an, dass er sich auf das Schiff keinerlei politische Referenten und Sachbearbeiter mitgenommen hatte, die ihn unterwegs mit den bevorstehenden Konferenzthemen hätten vertraut machen und ihn informieren können, - mit dem Ergebnis, dass er unvorbereitet und ahnungslos McMillan gegenüber trat und sich allein auf die Zuflüsterungen Dulles' am Konferenztisch zu verlassen hatte.

Und kaum war der Präsident von der Bermuda-Konferenz zurückgekehrt, als ein neuer journalistischer Vorstoss gegen ihn erfolgte: vom Leitartikel der "New York Herald Tribune", Eisenhowers eigenes Leib- und Magenorgan, der eisenhower-treuesten aller Zeitungen des Landes, - und ausgerechnet dieses Blatt warf ihm seine Passivität vor, seinen Mangel an Energie, der ihn davon abhielt, für sein innenpolitisches Programm und alle seine sozialen Vorschläge, die man unter dem Namen "Eisenhower-Programm" zusammenfasst, ernstlich zu kämpfen. Andere Zeitungen fingen an, aus englischen Blättern Kritik an ihm abzudrucken, - und zwar nicht eine Kritik seiner Politik, sondern seiner Person, seines Verhaltens, seiner Abgeschlossenheit, seiner zunehmenden Irritiertheit.

Das sind in der Tat Dinge, die allmählich amerikanisches Tagesgespräch werden. Noch vor zwei, drei Jahren legte der Präsident Wert darauf, wenigstens einmal wöchentlich mit führenden Parlamentariern zusammen Mittag zu essen und dadurch einen engen Kontakt mit ihnen

aufrecht zu erhalten. Jetzt ist es selbst für die Fraktionsvorsitzenden seiner Partei im Kongress schwer, eine Audienz bei ihm zu erhalten.

Beunruhigte Öffentlichkeit

Für die amerikanische Öffentlichkeit sind das Nachrichten, die sie zutiefst beunruhigen: man schliesst daraus, dass es mit der Gesundheit des Präsidenten schlimmer steht, als die beruhigenden Communiqués von seinem Arzt und seinem Pressechef Hagerty es wahr haben wollen. Eine etwas vorlaute Bemerkung eines jungen Sekretärs des Präsidenten, dass dieser "manchmal so müde sei, dass er den Kopf in beide Hände stützen muss", war auch nicht gerade dazu angetan, das Vertrauen in die physischen Kraftreserven des Präsidenten zu vermehren. Natürlich wirkt sich diese allgemein um sich greifende Beunruhigung dahin aus, dass eine Mitleids- und Sympathiewelle das Volk erfasst: an die Stelle des bisherigen populären Bildes von dem grossen tatkräftigen Staatsmann, der der Welt den Frieden und seinem Volke den Wohlstand sichert, tritt die neue Vorstellung eines kranken alten Mannes, der seine letzten Kräfte dem Staatswohl opfert und sich dabei selber bedenkenlos zugrunde richtet.

Aber ist diese Atmosphäre des wohlwollenden Mitleids der richtige Geist, der die Beziehungen zwischen Regierer und Regierten bestimmen soll? Liegt nicht in diesem Stimmungswechsel ein Element der Krise, des Vertrauensschwundes, des Zugeständnisses mangelnder staatsmännischer Führung? Es ist eine alte Erfahrungstatsache, dass amerikanische Präsidenten in ihrer zweiten Amtszeit weniger Einfluss auf Parlament, Politiker, Presse und Parteien haben als in ihrer ersten: es herrscht dann das Gefühl vor, der gegenwärtige Präsident "werde ja nicht mehr lange etwas zu sagen haben", und man braucht sich um seine Befehle, Anordnungen, Wünsche und Anregungen nicht mehr so recht zu kümmern. Präsident Roosevelt spielte bekanntlich den Leuten, die auf sein Ausscheiden aus der Politik spekulierten, einen Streich, indem er sich zum dritten und gar zum vierten Male wiederwählen liess, - aber jetzt ist die Verfassung geändert worden, ein Präsident darf nur noch zwei Amtstermine abdienen. Das Resultat ist jedenfalls, dass der beliebte und respektierte Präsident seiner ersten Amtsperiode zu einem zwar noch beliebten, aber nicht mehr gefürchteten Landesvater geworden ist, dessen praktischer Einfluss auf öffentliche Meinung und Regierungsmaschine stark nachgelassen hat.

Verfassungslücke

Und dazu kommt noch sein bedenklicher Gesundheitszustand. Regierung und Kongress bemühen sich z.Zt., eine Verfassungslücke auszufüllen und Normen aufzustellen, was zu geschehen hat, wenn der Präsident "unfähig" wird, sein Amt auszuüben: bisher hat man nur den Todesfall von Präsidenten erlebt, (denen dann automatisch der Vizepräsident nachfolgt), nicht aber eine präsidentielle "Unfähigkeit" durch lange Krankheit, Sichtsamkeit oder physischen Zusammenbruch. Jedermann in Amerika hat das Gefühl, diese Verfassungslücke müsse schnell gestopft werden: der Fall, dass sie praktisch wird, kann jeden Tag eintreten - und die amerikanische Regierung sei so schon einem Schiff ohne Kapitän und ohne klaren Kurs ähnlich; und wenn der Präsident aufs neue aufs Krankencett geworfen wird, werde der Zustand unhaltbar werden... Mit diesen unbehaglichen Gedanken, die jeden Amerikaner beschäftigen, blickt das Land den noch bevorstehenden drei dreiviertel Jahren der zweiten Amtszeit Eisenhows entgegen - und bei allem Respekt für den Präsidenten fühlt es sich gar nicht wohl dabei.

* * *

Die Engherzigen haben Unrecht

K.J. In diesen Tagen beschäftigte sich die westdeutsche Presse mit der schlechten Nachricht, die entlassene politische Häftlinge aus dem sowjetzonalen Zuchthaus Waldheim mitgebracht haben: der 1951 mit siebzehn Jahren verurteilte Oberschüler Hermann Josef Flade ist seit Monaten lebensgefährlich krank. Wenn er nicht bald amnestiert wird, besteht keine Hoffnung auf seine Rettung. Das Unglück des jungen Mannes, der fast noch ein Kind war als man ihn einsperrte, reißt wieder einmal den Vorhang hoch, hinter dem sich das unaussprechliche Leid Tausender unschuldig Verurteilter in der Sowjetzone verbirgt. Der "Fall Flade" spricht stellvertretend für alle politischen Häftlinge Pankows.

Die ostzonale Regierung hat im vergangenen Jahr viele politische Häftlinge arrestiert. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat wie keine andere Partei in der Bundesrepublik immer wieder durch ihre Appelle an das politische und menschliche Gewissen, durch wöchentliche Veröffentlichungen von Gefangenenlisten die SED-Regierung unter Druck gesetzt. Mit der Teilamnestie hat Pankow versucht, die hüten wie drüben aufgeregte Öffentlichkeit zu beschwichtigen. Die Geste war gemacht: Jetzt ist die SED der Meinung, nun wäre die Bundesregierung mit einer Amnestie der von ihr eingesperrten Kommunisten an der Reihe. Seit kurzen bringt das NEUE DEUTSCHLAND Namenslisten von Inhaftierten in der Bundesrepublik. Die Situation ist klar: Pankow wird erst dann seine Amnestierungen fortsetzen, wenn sich auch Bonn zu einer entgegenkommenden Geste entschliesst.

Am kommenden Donnerstag werden wir vom Ausgang der Bundestagsdebatte erfahren, wie weit sich die Koalitionsparteien darüber im klaren sind, dass endlich einmal etwas in dieser Frage geschehen muss - wie weit sie den Mut haben, gegen die starren und törichten Autoritätsvorstellungen des Bundesinnenministers zu opponieren, der eine Amnestie bei uns für staatsgefährdend hält. Der Einwand, es handle sich bei den in der Bundesrepublik inhaftierten "Politischen" um durchaus nach Recht und Gesetz verurteilte Personen ist formal richtig. Die Überlegung aber, dass eine Amnestie bei uns auch den Häftlingen drüben

helfen kann, sollte die Formaljuristen aus dem Bundesinnenministerium dazu veranlassen, die in diesem Zusammenhang immer wieder betonte "Staatsraison" einmal zu beurlauben. Die Demokratie ist stabil genug, die Entlassung von ein paar Dutzend Kommunisten verkraften zu können.

Bevor es dazu kommt, ist die sofortige Trennung der politischen Gefangenen von den kriminellen in den Strafanstalten der Bundesrepublik notwendig. Bisher entzündete sich in Westdeutschland der Zorn auf die Pankower Zuchthauspraktiken immer wieder an der Tatsache, dass die politischen Häftlinge drüben mit den kriminellen gleichgesetzt werden, dass sie - um nur dieses eine Beispiel zu nennen - auch keine Pakete empfangen dürfen. In diesem Punkte sind wir hier im Westen jedenfalls um kein Haar besser. Die Offerte Pankows, drüben den Paketempfang zuzulassen, wenn die westdeutsche Justiz gleichzieht, wurde bisher einfach ignoriert. So geht das nicht weiter.

Eine Amnestie für die wenigen hier eingesperrten Kommunisten wird bezeichnenderweise gerade von jenen Menschen unterstützt, die selbst drüben furchtbare Zuchthausjahre erlebt haben. Und die 17 Millionen in der Zone? Sie begreifen die bundesdeutsche Engherzigkeit nicht, die Pankow eine so willkommene Gelegenheit gibt, die Propagandaplatte von der angeblichen Unfreiheit in der Bundesrepublik immer wieder neu aufzulegen und den Terror im eigenen Hause damit zu sanktionieren. Eine Amnestie der straffällig gewordenen Kommunisten hat nichts mit Menschenschacher zu tun, zumal es gar nicht sicher ist, dass Pankow seine Häftlinge dann auch entlässt. Sie würde es aber den Machthabern in der Zone sehr schwer machen, die Festhaltung ihrer politischen Gegner weiter auf die beschriebene Weise zu begründen.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel